Samtgemeinde Bruchhausen-Vilsen

Protokoll

Sitzungsnummer: SG/SGR/017/15

über die Sitzung des Samtgemeinderates am 16.07.2015

Beginn: 19:00 Uhr Ende 19:45 Uhr

Ort: Sitzungssaal des Rathauses in Bruchhausen-Vilsen

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Dr. Dr. Wolfgang Griese

stimmberechtigte Mitglieder

Herr Michael Albers

Herr Lars Bierfischer

Herr Bernd Bormann

Herr Heinfried Bröer

Herr Joachim Dornbusch

Frau Hildegard Grieb

Herr Willy Immoor

Herr Heinrich Klimisch

Herr Walter Kreideweiß

Frau Ulrike Lampa-Aufderheide

Herr Arend Meyer

Herr Hermann Meyer-Toms

Herr Johann-Dieter Oldenburg ab Top 6

Herr Werner Pankalla

Herr Georg Pilz

Frau Marlies Plate

Herr Ulf-Werner Schmidt

Herr Peter Schmitz

Herr Bernd Schneider

Herr Hermann Schröder

Herr Günter Schweers

Frau Claudia Staiger

Herr Reinhard Thöle

Herr Torsten Tobeck

Frau Nicole Uhde

Herr Dr. Rudolf von Tiepermann

Herr Andree Wächter

Verwaltung

Herr Torsten Beneke

Herr Hannes Homfeld Herr Volker Kammann Herr Andreas Schreiber Frau Cattrin Siemers

Abwesend:

stimmberechtigte Mitglieder

Herr Heiko Albers Herr Heinfried Kabbert Herr Heinrich Lackmann Herr Philipp Thalmann

Öffentlicher Teil

Punkt 6:

Genehmigung des Protokolls über die 16. Sitzung vom 23. April 2015

Ratsvorsitzender Dr. Dr. Wolfgang Griese eröffnet den öffentlichen Teil der Samtgemeinderatssitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Samtgemeinderates fest.

Gegen das Protokoll über die 16. Sitzung vom 23. April 2015 werden keine Einwände erhoben

Punkt 7:

Kommunalverbund - Grundsatzbeschluss zur kooperativen Regionalentwicklung Vorlage: SG-0186/15

Keine Beratungsfolge

Die Samtgemeinde Bruchhausen-Vilsen stimmt dem vorgelegten "Grundsatzbeschluss zur kooperativen Regionalentwicklung" zu und ermächtigt ihre Vertreterinnen und Vertreter in der Mitgliederversammlung, dem Beschluss dort zuzustimmen.

Ja: 27 Nein: 0 Enthaltungen: 1

Punkt 8:

Kritische Auseinandersetzung mit den Handelsabkommen TTIP, CETA und TISA -Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen Vorlage: SG-0181/15

Herr Dr. Dr. Griese erläutert einleitend, dass der Samtgemeinderat in seiner Sitzung vom 23. Oktober 2014 beschlossen habe, sich mit dem Antrag der Fraktion Bündnis90 / Die Grünen vom 20. September 2014 bezüglich der kritischen Auseinandersetzung mit den Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA zu befassen. Daraufhin habe Herr Dr. Arning vom Niedersächsischen Städtetag am 20. Januar 2015 im Planungsausschuss umfangreich zu den Freihandelsabkommen und deren Auswirkungen auf die Kommunen Stellung genommen. Die Verwaltung sei im Anschluss beauftragt worden eine entsprechende Beschlussvorlage zu erstellen.

Herr Schmidt erläutert, dass TTIP, CETA und TISA keine Handelsabkommen seien, die lediglich globale Auswirkungen entfalten würden. Vielmehr sei jede einzelne Kommune von den Auswirkungen der Handelsabkommen betroffen. Der Ortsbezug sei insbesondere durch den zusätzlich eingefügten Absatz 3 der Beschlussvorlage deutlich geworden. Herr Schmidt bedankt sich für die konstruktiven Beratungen in den Gremien und hofft auch eine breite Zustimmung um ein entsprechendes Signal nach außen zu senden.

<u>Herr Kreideweiß</u> unterstreicht, dass die Handelsabkommen TTIP, CETA und TISA eine Reihe von Punkten enthalten, die konkret die einzelnen Gemeinden betreffen. Er bedaure, dass die Verhandlungen in Brüssel intransparent abgehalten werden. Es sei daher wichtig, dass die

Gemeinden zu den Abkommen Stellung nehmen. Nach seiner Auffassung müssen die von den Gemeinden abgegebenen Stellungnahmen nun gebündelt werden und über die Landesregierung an die Bundesregierung weitergetragen werden.

Herr Dr. Dr. Griese erklärt, dass er sich zu der vorliegenden Beschlussvorlage nur enthalten könne. Hintergrund sei, dass der Kreistag ebenfalls einen Beschluss zu den Handelsabkommen TTIP, CETA und TISA gefasst habe. Der Kreistag sei dabei dem gemeinsamen Positionspapier der kommunalen Spitzenverbände gefolgt. Auf Grund der komplexen Problematik vertraue er den Einschätzungen und Empfehlungen der kommunalen Spitzenverbände. In der vorliegenden Beschlussvorlage seien einzelne Passagen enthalten, über die er keine ganz sachorientierte Entscheidung treffen könne.

Die Verwaltung beobachtet mit großer Sorge die aktuellen Meldungen über die derzeit von der EU-Kommission geführten Verhandlungen bezogen auf ein Transatlantisches Freihandelsabkommen (TTIP) mit den USA, ein Handelsabkommen (CETA) mit Kanada und ein multilaterales Dienstleistungsabkommen (TiSA).

Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass diese Verhandlungen negative Auswirkungen auf das kommunale Handeln in verschiedenen Bereichen haben werden, z.B. bei

- der öffentlichen Auftragsvergabe
- der Gestaltung der regionalen Energieversorgung,
- dem kommunalen Umweltschutz,
- der Förderung und Unterstützung der Kultur (z.B. Theater),
- der Erwachsenenbildung (z.B. VHS),
- den Tarifverhandlungen und den Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten der Gemeinde

Für die Bürger der Samtgemeinde Bruchhausen-Vilsen ist es ebenfalls von großer Wichtigkeit, dass folgende Lebensbereiche keinerlei Verschlechterung erfahren:

- Schutz des Grundwassers (Gefahr durch Fracking)
- Schutz der heimischen Landwirtschaft (Gefahr durch genveränderte und pestizidbelastete Pflanzen)
- Eigenständigkeit der Sparkassen und Volksbanken

Die Samtgemeinde Bruchhausen-Vilsen fordert vor diesem Hintergrund, dass

- 1. die aktuellen Verhandlungen mit Transparenz und Öffentlichkeit zu führen sind,
- 2. keinerlei Eingriffe in die kommunale Selbstversorgung erfolgen
- 3. die kommunale Daseinsvorsorge sowie Kultur und Bildung nicht Gegenstand der Verhandlungen sein dürfen und auch nicht durch die Verwendung sogenannter Negativlisten eingeschränkt und Spielräume für eine Auftragsvergabe nach sozialen, ökologischen und regionalen Kriterien nicht verschlechtert werden dürfen,
- 4. der sogenannte Investorenschutz mit Klagemöglichkeiten vor nicht staatlichen Schiedsgerichten, der auch zu Ungunsten der Kommunen möglich wäre, verhindert wird und
- 5. den Abkommen CETA, TTIP und TiSA nicht zugestimmt wird, solange die vorstehenden Punkte nicht erfüllt wurden.

Die Verwaltung begrüßt ausdrücklich die aktuellen Beschlüsse des Deutschen Städtetages, Deutschen Landkreistages, Deutschen Städte- und Gemeindebundes und des Verbandes kommunaler Unternehmen in dem "Gemeinsamen Positionspapier zu internationalen Handelsabkommen und kommunalen Dienstleistungen" vom Oktober 2014 und schließt sich den darin gestellten Erwartungen und Forderungen in vollem Umfang an.

Die Verwaltung wird beauftragt,

- die Ablehnung von CETA, TTIP und TiSA in der derzeitigen Form in den Nds. Städte- und Gemeindebund, den Nds. Städtetag, den Deutschen Städte- und Gemeindebund und den Deutschen Landkreistag einzubringen,
- das Europäische Parlament und den Bundestag aufzufordern, diesem Abkommen so lange nicht zuzustimmen bis gesichert ist, dass deutsche bzw. europäische Sozial- und Umweltstandards eingehaltenwerden sowie die kommunale Daseinsvorsorge und die kommunale Selbstverwaltung uneingeschränkt bleiben.
- die örtlichen Abgeordneten im Europäischen Parlament, im Bund und im Land aufzufordern, dem Abkommen in der derzeitigen Form nicht zuzustimmen, diese Ablehnung dem Bundeswirtschaftsministerium gegenüber zum Ausdruck zu bringen.

Ja: 23 Nein: 0 Enthaltungen: 5

Punkt 9:

Erlass einer Satzung für das Archiv der Samtgemeinde Bruchausen-Vilsen Vorlage: SG-0177/15

Keine Beratungsfolge

Die Satzung des Archivs der Samtgemeinde Bruchhausen-Vilsen (Samtgemeindearchiv) sowie die Nutzungs- und Entgeltordnung werden in der Vorlage Nr. SG-0177/15 beigefügten Fassung beschlossen.

Ja: 28 Nein: 0 Enthaltungen: 0

Punkt 10:

88. Flächennutzungsplanänderung (Normannshausen) a) Beschluss über die Stellungnahmen aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange und der öffentlichen Auslegung b) Feststellungsbeschluss Vorlage: SG-0162/15

Kein Beratungsgang

- a) Es werden die Beschlussempfehlungen zu den innerhalb der Beteiligung der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB und der parallel durchgeführten öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen gemäß der Beschlussvorlage beschlossen.
- b) Es wird der Feststellungsbeschluss für die 88. Flächennutzungsplanänderung mit Begründung gem. § 6 BauGB gefasst. Der Geltungsbereich der Flächennutzungsplanänderung liegt der Beschlussvorlage als Anlage bei.

Ja: 28 Nein: 0 Enthaltungen: 0

Punkt 11:

89. Flächennutzungsplanänderung (Heidmühle, Schwarme) a) Beschluss über die Stellungnahme der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und der öffentlichen Auslegung b) Feststellungsbeschluss

Vorlage: SG-0163/15

Kein Beratungsgang

- a) Es werden die Beschlussempfehlungen zu den innerhalb der Beteiligung der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB und der parallel durchgeführten öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen gemäß der Beschlussvorlage beschlossen.
- b) Es wird der Feststellungsbeschluss für die 88. Flächennutzungsplanänderung mit Begründung gem. § 6 BauGB gefasst. Der Geltungsbereich der Flächennutzungsplanänderung liegt der Beschlussvorlage als Anlage bei.

Ja: 28 Nein: 0 Enthaltungen: 0

Punkt 12:

Mitteilungen der Verwaltung

Es liegen keine Mitteilungen der Verwaltung vor.

Punkt 13:

Anfragen und Anregungen

Herr Kreideweiß nimmt Bezug auf die vergangene Sitzung des Samtgemeindeausschuss am 09. Juli 2015, in der unter anderem die Sanierung des Schulzentrums sowie ein möglicher Neubau oder eine Sanierung und Erweiterung des Kindergartens Martfeld besprochen wurden. In diesem Zusammenhang bittet Herr Kreideweiß vor einer Abstimmung über die Baumaßnahmen um die Vorlage detaillierter Kostenermittlungen.

Herr Bormann erklärt, dass in der Samtgemeindeausschusssitzung lediglich erste Kostenschätzungen des Architekten vorgestellt wurden. In der Sitzung sei deutlich gemacht worden, dass mit dem Architekten weitere Gespräche bezüglich der Kosten geführt werden und offene Fragen und Posten noch geklärt werden. Vor einer Abstimmung werde die Verwaltung sowohl detaillierte Kostenermittlungen als auch eine Übersicht über die Finanzierung der Bauvorhaben vorlegen.

Punkt 14:

Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen vorgetragen.

Ratsvorsitzender Dr. Dr. Wolfgang Griese bedankt sich bei den Anwesenden und schließt die Sitzung.

Der Ratsvorsitzende Der Samtgemeindebürgermeister Der Protokollführer